



Argumentarium

Für ein feministisches NEIN zur SVP-Chaos-Initiative!

Der 14. Juni 2026 erinnert an den 45. Jahrestag der Volksabstimmung vom 14. Juni 1981, die es ermöglichte, die Gleichstellung der Rechte von Frauen und Männern in der Verfassung zu verankern (heute Art. 8 Abs. 3). Der Jahrestag dieser für die Geschlechtergleichstellung zentralen Abstimmung wird von einer anderen Abstimmung überschattet, die für unsere Zukunft ebenso wegweisend ist:

Wollen wir das Bevölkerungswachstum begrenzen, indem wir eine Obergrenze in der Verfassung festschreiben – oder nicht?

Die Antwort lautet NEIN! Die Initiative der SVP ist äusserst gefährlich. Sie gefährdet unsere Löhne, unsere Renten, unsere Arbeitsplätze, unser Gesundheitssystem und die öffentlichen Dienstleistungen in der Schweiz. Frauen haben dabei besonders viel zu verlieren.

Fünf gute Gründe für ein feministisches NEIN am 14. Juni 2026

1. Löhne unter Druck – noch tiefere Einkommen für Frauen

Die Initiative führt zur Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU, was Einkommensverluste und den Abbau von Arbeitsplätzen nach sich ziehen wird. Die Inflation wird wieder ansteigen, wie es auch nach dem Brexit zu beobachten war. Wenn das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU wegfällt, fallen auch die Flankierenden Massnahmen (FlaM) weg – und mit ihnen der Lohnschutz mit den Kontrollen und Sanktionen gegen Unternehmen, die Lohndumping betreiben. Kein Abkommen, kein Lohnschutz. Genau das fordert die SVP.

Die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden bei einer Annahme unter Druck geraten. Da Frauen in Tieflohnbranchen übervertreten, oft Opfer von Lohndiskriminierung und einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, werden sie von sinkenden Löhnen und steigenden Lebenshaltungskosten besonders hart getroffen. Migrantinnen, die auf dem Arbeitsmarkt bereits heute benachteiligt sind, könnten noch leichter ausgebeutet werden und gezwungen sein, noch prekärere Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen zu akzeptieren.

Dank des Lohnschutzes werden aktuell über 100'000 Löhne im Jahr kontrolliert. Bei Missbräuchen werden die Arbeitgeber sanktioniert. Die Begleitmassnahmen haben Lohnerhöhungen für Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht. Der Abschluss neuer Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen – insbesondere im Reinigungsgewerbe und in der Personalvermittlung, wo mehrheitlich Frauen arbeiten – war ein weiterer wichtiger Fortschritt. Diese GAV schützen viele im Dienstleistungsbereich tätige Frauen vor Lohndumping. Ohne Lohnschutz werden diese Errungenschaften in Frage gestellt.

2. Tiefere Renten – dabei sind die Renten der Frauen schon jetzt 30% tiefer

Da in den kommenden Jahren immer mehr Menschen in Rente gehen, wird eine verfassungsmässige Bevölkerungsobergrenze den Anteil der Erwerbstätigen deutlich verringern. Unsere Renten sind dann nicht mehr gesichert.

Menschen, die in die Schweiz einwandern, sind in der Regel jung und kommen zunächst zum Arbeiten. Ihre Beiträge stabilisieren heute die AHV. Auf sie zu verzichten, würde die Altersversicherung Milliarden kosten. Durch die Begrenzung der Wohnbevölkerung würde die Zahl der Beitragszahlenden um rund 10 % sinken. Die Finanzierungslücken in der AHV würden auf mehrere Milliarden anwachsen. Der Druck auf die Renten und das Rentenalter nähme zu. Die AHV-Beiträge müssten erhöht werden.



Wenn sich die Wirtschaft verschlechtert, wirkt sich das auf die Altersrenten aus. Die erwarteten Verluste bei den Renten der 2. Säule belaufen sich auf 1'500 bis 3'000 Franken pro Jahr. Das aus zwei Gründen: Das Ende der Bilateralen Verträge und die Beschleunigung des demografischen Alterungsprozesses werden die Renditen der Pensionskassen belasten. Wenn eine Kasse mehr Rentnerinnen und Rentner zählt, muss sie ihre Anlagerisiken reduzieren. Gleichzeitig verteuert ein wirtschaftlicher Abschwung die Lebenshaltungskosten. Das britische Beispiel zeigt, dass steigende Preise den realen Wert der Renten aushöhlen.

Die finanziellen Folgen sinkender Renten werden Frauen härter treffen. Denn ihre Renten (AHV und 2. Säule) sind im Durchschnitt 30% tiefer als die der Männer.

3. Chaos im Gesundheitssystem



Diese extreme Initiative gefährdet das Funktionieren unseres Gesundheitssystems. In der Schweiz wurde rund die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte und mehr als ein Drittel des diplomierten Pflegepersonals im Ausland ausgebildet. Die Initiative wird den Fachkräftemangel gefährlich verschärfen. Der Brexit

zeigt die Folgen solcher Entwicklungen: Die Qualität der Versorgung sinkt und die Sicherheit des Gesundheitssystems ist bedroht.

Frauen sind in den Gesundheitsberufen übervertreten, und viele schlagen seit Jahren Alarm wegen immer schwierigeren Arbeitsbedingungen: Überall fehlt Personal, überall leisten unterbesetzte Teams enorme Anstrengungen, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten aufrechtzuerhalten. Erschöpfung und Burnout sind weit verbreitet. Wenn die Rekrutierung aus dem Ausland wesentlich erschwert wird, bricht unser Gesundheitssystem zusammen.

Ausserdem werden die Krankenkassenprämien aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des Rückgangs der Zahl junger Versicherter um 250 Franken pro Person und Jahr für die gesamte Bevölkerung steigen.

4. Prekäre Aufenthaltsbedingungen, Schwarzarbeit und zerrissene Familien

Die SVP schlägt vor, die Einwanderung durch Kontingente zu begrenzen. Die Schweiz hat dieses System bereits vor der Personenfreizügigkeit jahrzehntelang angewandt – ohne Erfolg. In Hochkonjunkturphasen stieg die Einwanderung, in Rezessionen sank sie. Wie heute. Der Unterschied war, dass die Situation der Betroffenen damals viel härter war. Viele lebten in der Angst, ihre Aufenthaltsbewilligung und ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Löhne waren tiefer und die Arbeitsbedingungen schlechter. Das Kontingentsystem führte auch zu mehr Schwarzarbeit, da Arbeitgeber Personal ohne Bewilligung anstellten.

Um das Bevölkerungswachstum zu begrenzen, plant die SVP, in auch das Asylrecht und den Familiennachzug einzuschränken. Das Asylrecht ist klar bedroht, da vorläufig aufgenommene Personen gemäss den Bestimmungen der Initiative „keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, keine Schweizer Staatsbürgerschaft und kein anderes Recht zum Verbleib mehr erhalten können“.

Was den Familiennachzug betrifft, sind es die Frauen, die das am meisten betrifft: 51 % der Frauen, die in die Schweiz einwandern, kommen, um einen Partner zu begleiten, und 29 % kommen zum Arbeiten. Dieses Recht auf Familie wird ihnen künftig verweigert, wenn die Initiative angenommen wird. Die Forderungen der SVP gehen in Richtung eines neuen Saisonierstatuts: In der Vergangenheit wurden Kinder dadurch von ihren Familien getrennt oder versteckt. Versteckte Kinder konnten nicht nach draussen und wurden nicht eingeschult. Viele verbrachten ihre Tage allein und warteten darauf, dass ihre Eltern von der Arbeit nach Hause kamen. Diese unmenschliche Migrationspolitik darf sich nicht wiederholen!

5. Eine fremdenfeindliche und extreme Initiative einer frauenfeindlichen Partei

Unsere feministischen Kämpfe sind intersektional und antirassistisch. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung haben keinen Platz in der inklusiven, diskriminierungsfreien und solidarischen Gesellschaft, nach der wir streben. Die SVP warnt vor einem „Verlust von Kultur und Identität“. Solche Aussagen treffen und schaden allen Menschen mit Migrationshintergrund, Personen mit Rassismuserfahrung und Angehörigen religiöser Minderheiten in der Schweiz.

Wir lassen uns von der SVP nicht spalten! Wir lassen uns nicht täuschen: Diese Partei bedroht regelmässig die Errungenschaften der Gleichstellung der Geschlechter und stellt sich gegen wesentliche Reformen zur Beseitigung struktureller Diskriminierungen, die Frauen benachteiligen. Wir fordern gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Farbe unseres Passes!